

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



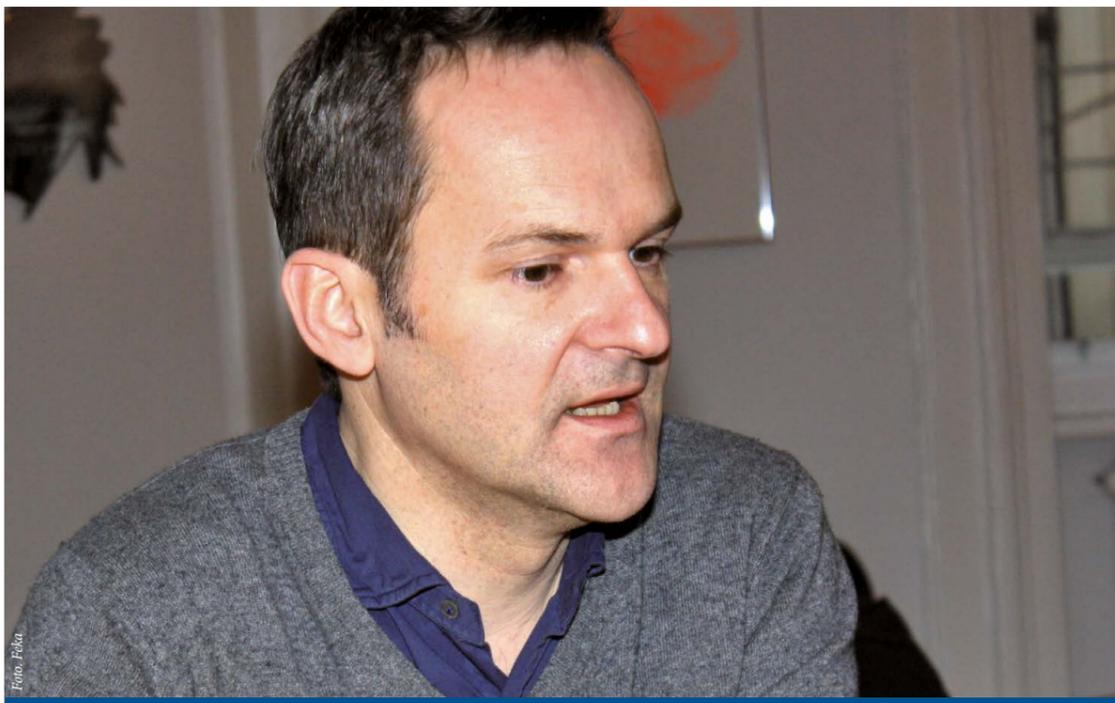
„Kompetenz in der Politik“
Valida-Chef und Nationalrats-
abgeordneter Andreas Zakostelsky
im Interview.
>> Seite 3



„Heimatgefühl in drei Städten“
Regina Ovesny-Straka verlässt die
Salzburger Sparkasse und wechselt
zur Vienna Insurance Group.
>> Seite 5



„Spüren keine Zurückhaltung der Sparer“
Michael Rockenschaub, neuer Chef
der Sparkasse Oberösterreich, über die
Situation des Instituts.
>> Seite 7



Franz Schellhorn: „Die Bundesländer sollten in die Steuerpflicht genommen werden.“

„Mit höheren Steuern saniert man kein Budget“

Seit Februar 2013 leitet er die Denkfabrik „Agenda Austria“. Franz Schellhorn, langjähriger Leiter des Wirtschaftsressorts der Tageszeitung „DIE PRESSE“ widmet sich mit einem engagierten Team dem Ziel, das Land in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu öffnen und „neue Antworten auf drängende Herausforderungen zu liefern“. Im folgenden Interview nimmt er die einschlägige Politik der öffentlichen Hand kritisch unter die Lupe.

Sparkassenzeitung: Die Bundesregierung ist – nach eigenen Angaben – auf budgetpolitischem Sanierungspfad, vor Kurzem sind neue Steuererhöhungen beschlossen worden. Bis Ende 2016 soll zumindest das strukturelle Budgetdefizit der Vergangenheit angehören. Wie schätzen Sie die Erfolgchancen dieses Budgetversprechens ein?

Schellhorn: Mit Steuererhöhungen ist bisher noch nirgendwo ein Budget saniert worden, das ist leicht belegbar. Ohne einschneidende Strukturreformen funktioniert das Beseitigen des Budgetdefizits einfach nicht. Das zeigen alle internationalen Beispiele. Just diese Reformbereitschaft sehe ich hierzulande nicht.

Aber es wird doch jetzt quer durch die Ressorts der Sparsstift angesetzt ...

... was 500 Mio. Euro bringen soll, und damit sind die Probleme keineswegs zu lösen. Das ausgeglichene Budget halte ich unter den gegebenen Umständen für eine Illusion. Ohne massiven Reformdruck von außen geht es in Österreich offensichtlich nicht.

Wo setzt also Ihre Kritik konkret an?

Dafür gibt es viele Ansatzpunkte: Man erhöht beispielsweise sehr kurzfristig einige Steuern und will dann in einer Steuerreformkommission darüber beraten, wie das künftige Steuersystem aussehen soll. Wenn in diesem Gremium wieder alle Gebietskörperschaften und Inte-

ressenvertretungen paritätisch vertreten sind, dann weiß man als Österreicher, was dabei herauskommen wird. Das ist die völlig falsche Zeitabfolge. Erst muss ich doch wissen, wo ich steuerpolitisch hin will.

Wo sollte man hin wollen?

Österreich braucht rasch eine steuerliche Entlastung der Arbeit, des Mittelstandes und der Leistungsträger. Die Steuerlast erreicht Rekordhöhen, und mit einer Staatsausgabenquote von mehr als 52,1 Prozent des BIP haben wir jetzt gemeinsam mit Schweden (52,7 Prozent) den europäischen Spitzenplatz erreicht. Bei der Steuerquote erreicht Öster-

Meine Meinung



Fiskalischer Zynismus namens Bankensteuer

Es gibt in den Handbüchern für Unternehmensführung – Kapitel „Reaktion auf Fehlentwicklungen“ – den oft kolportierten Kalauer: Feststellung der Schuldigen, Bestrafung der Unschuldigen! In den Managementfibeln ist das durchaus ironisch gemeint, in der österreichischen Steuerwirklichkeit hingegen bitterer Ernst. Die heimische Politik hat die Banken als Alleinschuldige der Finanzkrise dingfest gemacht und bestraft mit einer konfiskatorischen Bankensteuer just jene Kreditinstitute, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass dieses Land diese schwere Krise mit einem geringeren Wachstumseinbruch und weniger Arbeitsplatzverlusten überstanden hat. Dazu zählen mit ihrem Geschäftsmodell des Einlagengeschäftes und der regionalen Kreditvergabe an Unternehmen und Private ganz wesentlich auch die österreichischen Sparkassen.

Die Zockerei der Investmentbanker hat die globale Malaise verursacht, doch den Kundenbanken werden die fiskalischen Daumenschrauben angesetzt. Das ist blanker politischer Zynismus, erschwert durch die Tatsache, dass in Österreich diese Bankensteuer rund das Zehnfache des Volumens in Deutschland ausmacht. Doch während im Nachbarland die Mittel in Strukturfonds wandern, fließt hierzulande diese Substanzbesteuerung munter in den allgemeinen Staatshaushalt und via Finanzausgleich „schneiden“ die Bundesländer – auch Kärnten – sogar noch mit. Wenn vor Kurzem klar wurde, dass solcherart und unter Einrechnung der „normalen“ Steuerlast die Steuerbelastung der Erste Group Bank AG im Vorjahr auf insgesamt knapp 90 Prozent des Betriebsergebnisses kletterte, dann wird der Zynismus zur Frivolität.

Mittlerweile kommt eine weitere Belastungsflut aus Brüssel auf uns Sparkassen zu. Denn die Bankenunion wird uns weitere Mittel für Restrukturierungs- und Abwicklungsfonds abverlangen. Gleichzeitig sollen aber auch gemäß Basel III die Eigenmittelquoten laufend erhöht werden. Das alles führt zu kumulativen Effekten, die nicht nur die Ertragslage und somit die künftige Eigenmittelzufuhr bedrohen, sondern auch unsere volkswirtschaftliche Kernfunktion gefährden. Nämlich die ausreichende Finanzierung der Unternehmen und somit die Erhaltung eines wettbewerbsfähigen Mittelstandes und des Wirtschaftsstandorts Österreich.

Deshalb brauchen wir ein Umdenken der politisch Verantwortlichen. Sie sollten – in einer Art neuen Schulterschlusses mit den Banken – das Hausbankprinzip endlich als enormen Vorteil für die Wirtschaft dieses Landes begreifen und anerkennen. Die klein- und mittelbetrieblichen Unternehmen brauchen leistungsfähige Sparkassen als kompetente Partner bei der Nutzung von Wachstumspotentialen. Ist das wirklich so schwer zu begreifen?

Michael Ikrath

Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Scan & Pay: Geld überweisen mit Fingertipp

Um Überweisungen trotz der langen IBAN und BIC einfach zu machen, bieten Erste Bank und Sparkasse bereits seit vergangenem Jahr die Scan&Pay-Funktion an. Damit können Zahlungsanweisungen einfach gescannt und ins Netbanking übertragen werden. Mit der Kamera des Smartphones werden entweder der gesamte Zahlschein oder ein darauf vermerkter QR-Code ausgelesen und die Empfängerdaten und der Zahlungsbetrag im Netbanking automatisch übernommen.

Partner des Hotelierkongresses

Der ÖHV-Hotelierkongress der Österreichischen Hoteliervereinigung gilt als DER Branchentreff der österreichischen Hotellerie. Auf dem Programm stehen Vorträge und Gespräche zu Fragestellungen, die Österreichs Tourismus bewegen. Erste Bank und Sparkassen sind langjährige Sponsorpartner dieser Veranstaltung, die heuer in Wels stattfand. Auf dem Programm standen Vorträge und Gespräche zu Fragestellungen, die Österreichs Tourismus bewegen. Hochkarätige Referenten präsentieren aktuelle Themen und Trends. Ein umfassendes Rahmenprogramm bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Zeit und Raum für Networking.



VDi. Maximilian Pointer (Sparkasse Oberösterreich), Johann Breit (Erste Bank), die ÖHV Präsidenten Michaela Reitterer und Gregor Hoch sowie VDi. Herbert Walzhofer (Sparkasse Oberösterreich)

Ausgezeichneter Immobilienmakler

s REAL, der Immobilienmakler der Sparkassen, wurde mit dem Goldenen IMMY, dem Qualitätspreis für Immobilienmakler der Wiener Wirtschaftskammer, ausgezeichnet. Für den IMMY werden die Qualitätsstandards von Immobilienmaklern durch ein aufwändiges Mystery-Shopping-Verfahren geprüft. Dabei holen anonyme Testkäufer Angebote ein und bewerten die Kundenbetreuung mit einem festgeschriebenen Kriterienkatalog.

www.immy.at



Die Vertreter der fünf Siegerunternehmen
Foto: WK Wien/del Missier



„Mit Steuererhöhungen ist bisher noch nirgendwo ein Budget saniert worden, das ist leicht belegbar.“
Franz Schellhorn im Gespräch mit Milan Frühbauer.

reich 54,1 Prozent und überholt jetzt Schweden, das bei 54,0 Prozent liegt. Das Problem reicht von einem viel zu hohen Einstiegssteuersatz bis zu Sozialversicherungsabgaben, die schon bei sehr geringen Einkommen, bei denen noch keine Einkommensteuer anfällt, mehr als ein Drittel des Bruttoeinkommens ausmachen. Die gegenwärtige Besteuerung ermöglicht es selbst Besserverdienenden kaum noch Vermögensbildung zu betreiben. Diese erfolgt bestenfalls noch über das Erben.

... das ja, geht es nach dem größeren Regierungspartner, wieder besteuert werden soll. Ebenso wie größere Vermögen, weil doch der Anteil der vermögensbezogenen Steuern hierzulande gegenüber anderen Ländern nachhinkt.

Erst wenn in Österreich über zwei oder drei Jahrzehnte die Einkommensteuersätze der USA oder der Schweiz gelten, dann kann man hierzulande über eine Vermögensteuer diskutieren. Vorher sicher nicht.

Seit einigen Monaten wird diskutiert, den Bundesländern einen Teil der Steuerhoheit zu übertragen. Droht da nicht zusätzliche Bürokratie?

Ich bin sehr dafür, diese Maßnahme zu setzen. Die Länder müssten dann in einen Steuerwettbewerb treten und auch einen Teil der politischen Verantwortung für die Steuerquote mittragen. Sie müssten den Landesbürgern erklären, was sie mit deren Geld machen. Das Beispiel der kantonalen Steuerhoheit in der Schweiz zeigt, dass das durchaus kostengünstig in der Verwaltung funktionieren kann.

Die Bundesländer sind die eigentlichen Profiteure im Hochsteuerland Österreich. In der Dekade 2003 bis 2013 sind die Zuwendungen an Länder und Gemeinden im Zuge des Finanzausgleichs um 73 Prozent gestiegen. Die Einnahmen des Bundes haben sich in diesem Zeitraum hingegen um nur 40 Prozent erhöht, die Ausgaben um 41 Prozent. Parallel dazu betrug die Inflation 24 Pro-

zent. Allein diese Zahlen sprechen eine unmissverständliche Sprache. Deshalb halte ich es auch für einen Wahnsinn, dass man den Finanzausgleich bis 2016 verlängert hat.

Das ist der Preis für den viel gepriesenen Föderalismus.

Das ist vor allem der Preis für den Ausgabenhunger der Gebietskörperschaften. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wurden die Schuldenberge vergrößert, weil die Regierungen nach ständig mehr Geld schreien. Darin offenbart sich ein atemberaubendes Ausmaß des Misstrauens des Staates gegenüber seinen Bürgern. Denen traut die Politik in Eigenverantwortung gar nichts zu und setzt auf Zwangsbeglückung. Die Schuldenquote liegt mittlerweile bei knapp 80 Prozent des BIP.

Moody's sieht das aber wohl anders. Die Ratingagentur hat soeben das Triple A Österreichs bestätigt.

Eine Ironie des Schicksals beschert uns auch noch Schulterklopfen: Der aktuelle Bericht der Ratingagentur Moody's liest sich so, als hätte ihn die heimische Bundesregierung selbst verfasst: Die Stärke der Republik Österreich werde durch die zu erwartenden Milliardenkosten im Zuge des Hypo-Alpe-Adria-Desasters keineswegs „materiell“ unterhöhlt. Ganz im Gegenteil, die Experten von Moody's zeigen sich von der „budgetären Stärke“ des Landes geradezu entzückt. Wahr ist vielmehr: Der Bundeshaushalt ist seit 52 Jahren ununterbrochen im Minus, die Staatsschulden gehen regelrecht durch die Decke, niemand kennt die tatsächliche Höhe der von Ländern und Gemeinden eingegangenen Haftungen. Nicht einmal dem Staatsschuldenausschuss ist es gelungen, diesbezüglich valide Angaben von allen Gebietskörperschaften zu bekommen.

Wie sehen Sie die herannahende Bankenunion und die wieder entflammte Diskussion über die Banksteuer in Österreich? Die Erste Group kam mit der Sondersteuer auf Banken im Vorjahr auf eine Steuerquote von fast 90 Prozent des Ergebnisses vor Steuern.

Die österreichische Bankensteuer ist eine klassische Substanzbesteuerung, deren fiskalischer Erlös zudem nicht für Krisenfonds adressiert ist, sondern im laufenden Budget aufgeht. Das Konzept war relativ einfach: Die Politik hat zuerst die völlig undifferenzierte Schuldzuweisung an die Banken formuliert und daraus die Strafsteuer definiert. Eine Steuerquote von fast 90 Prozent ist absurd. Vom Verursacherprinzip ist das alles sehr weit weg. Das kommt mir so vor, als hätte man nach dem Bohrinselunfall vor der Südküste der USA vor einigen Jahren international beschlossen, die OMV mit einer Sonderabgabe für Rohölproduzenten zu belegen. Die Bankenunion halte ich für keine Fehlentwicklung, aber sie wird langfristig auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Die Agenda Austria ist ausdrücklich kein Konjunkturprognose-Institut. Dennoch die Frage nach Ihrer persönlichen Konjunkturschätzung.

Nachdenklich stimmt mich, dass vorerst keinerlei Anzeichen für eine Belebung der Investitionstätigkeit zu sehen sind. Der private Konsum wird von der bereits erwähnten ungeheuren Steuerlast stark gedämpft und die jüngsten Steuererhöhungen haben diesen Effekt wohl noch verstärkt.

Dennoch sind die meisten Prognosen für 2014 auf Wachstumspfad ...

... weil dieses Land ein wichtiges Asset hat, nämlich seine internationale Wettbewerbsfähigkeit in Sachgütererzeugung und Dienstleistung. Das heißt, die Wertschöpfung entsteht derzeit überwiegend durch Auslandsnachfrage. Vor allem die Industrie ist trotz dieser Regierung nach wie vor auf den Weltmärkten gut unterwegs, was auch die Außenhandelsdaten für 2013 belegen. Das ist Teil unserer ökonomischen Stabilität, birgt aber psychologisch die Gefahr, dass die Regierenden die Politik des Business as usual fortsetzt und Strukturreformen weiter scheut. Ein fataler Fehler ...

Das Interview führte
Milan Frühbauer

„Finanzwirtschaft braucht Kompetenz in der Politik“

Er leitet seit Beginn der Legislaturperiode den Finanzausschuss im Nationalrat und ist einer der ganz wenigen Abgeordneten mit finanzwirtschaftlichem Hintergrund. Andreas Zakostelsky, Vorstandsvorsitzender der Valida Holding AG und Neo-Mandatar der ÖVP, sieht sich in mehrfacher Hinsicht gefordert. Neben zahllosen Sachfragen geht es ihm auch um eine klimatische Komponente: Das Wissen vieler politischer Entscheidungsträger um die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge ist stark verbesserungsfähig. Der Finanzplatz Österreich braucht es dringend.

Sparkassenzeitung: Vorerst zur Causa Prima, der Hypo-Malaise. Wie stehen Sie zur getroffenen politischen Entscheidung?

Zakostelsky: Ich befürwortete stets die Anstaltlösung, denn eine Insolvenz hätte nachhaltigen Schaden für den Finanzplatz Österreich gebracht. Die volle Tragweite der Konsequenzen wäre erst nach und nach erkennbar gewesen. Die Bank hat ja auch Assets und sie hat auch Anlegervertrauen, die Republik Österreich hat internationale Reputation zu erhalten, alles das war zu berücksichtigen.

Die österreichische Kreditwirtschaft leidet unter dem heimischen Konstrukt der Bankensteuer. Sehen Sie eine Chance, in dieser Frage zumindest mittelfristig zu anderen Lösungen zu kommen?

In der gegenwärtigen Form ist die Bankensteuer für die Institute nicht tragbar. Ich sage das sehr offen, denn sie ist vor allem systematisch sehr bedenklich. Zum einen führt sie zu Wettbewerbsverzerrungen, weil etwa die Banken in Deutschland vergleichsweise viel weniger zahlen und dort die Mittel in Strukturfonds geleitet werden, während sie in Österreich in das laufende Budget einfließen. Darüber hinaus wird die Bankensteuer hierzulande völlig unabhängig von der Ertragslage der Institute eingehoben. Das heißt, sie ist eine lupenreine Substanzbesteuerung. Ein weiterer Konstruktionsfehler ist das Einfließen eines Teils der eingehobenen Mittel in den Finanzausgleich.

Wie kann eine Lösung aussehen?

Die Bankensteuer sollte voll auf jene Struktur- und Abwicklungsfonds angerechnet werden, die im Zuge der Bankenunion auf die heimischen Banken neu hinzukommen. Man muss jedenfalls am Thema dranbleiben.

In der Kreditwirtschaft steigt der Unmut über die Politik, die aus populistischen Gründen dem allgemeinen Banken-Bashing frönt.

Das ist tatsächlich der Kern des Problems: Es ist aus meiner Sicht weniger böser Wille der politischen Entscheidungsträger, sondern eine gravierende Unkenntnis über die volkswirtschaftliche Bedeutung, die bei der Finanzwirtschaft insgesamt das zitierte Verlassenheitsgefühl hervorruft. Sachargumente werden kaum gehört oder werden von ideologischen Vorstellungen überlagert. Es wird meist auch nicht zur Kennt-



Andreas Zakostelsky: „In der gegenwärtigen Form ist die Bankensteuer für die Institute nicht tragbar.“

nis genommen, dass die österreichischen Banken mit dem Zustandekommen der Finanzkrise so gar nichts zu tun gehabt haben.

Was kann man dagegen tun?

Ich sehe es als eine meiner wichtigsten Aufgaben an, diesen Sachdialog anzukurbeln und dazu beizutragen, das einschlägige Sachwissen der Politik zu verbessern. Eine meiner ersten Erfahrungen als Mandatar ist die ernüchternde Erkenntnis, wie tagesgetrieben von der Aktualität des Augenblicks die Politik agiert. Man nimmt sich einfach nicht die Zeit, mit Experten zu reden und mittelfristige Strategien zu entwickeln. Ich werde es jedenfalls versuchen.

Sie sind mittlerweile der einzige Abgeordnete mit solidem finanzwirtschaftlichem Hintergrund...

... woraus ich die Aufgabe ableite, die Kompetenz der Finanzwirtschaft zu bündeln und den erwähnten Dialogprozess voranzutreiben. Dabei geht es mir nicht um Sektoren oder sektorale Interessen, nicht um die Differenzierung zwischen Banken, Versicherungen oder sonstigen Finanzdienstleistern. Nein, jetzt gilt es, mit der Politik gemeinsam an einem Strang zu ziehen, um weiteren Schaden für den Finanzplatz Österreich zu verhindern.

Der allenthalben droht. Etwa beim Thema Finanztransaktionssteuer.

Bei der ich eine klare Position vertrete: Wenn sie denn in den 11 Ländern, die sie politisch wollen, auch tatsächlich kommt, dann sollte man alle Produkte, die der Pensionsvorsorge dienen, davon ausnehmen. Das wäre nur konsequent, ruft doch beispielsweise die OECD ständig die Länder dazu auf, mehr für die Pensionsvorsorge mit Kapitalde-

ckung zur Entlastung des Umlageverfahrens zu unternehmen. Aber selbst das wird nicht leicht zu erreichen sein, wie auch Othmar Karas – den ich übrigens für einen der kompetentesten Europapolitiker überhaupt halte – aus der EU-Innenperspektive berichtet.

Keht der Begriff "Eigenvorsorge" in die Politik zurück?

Da bin ich zuversichtlich, denn es ist bei den Regierungsverhandlungen gelungen, auch die zweite und dritte Säule der Pensionsvorsorge zum Gegenstand für die Pensionsreformkommission zu machen. Wir werden das jetzt als kompaktes Thema behandeln. Denn als Folge der demografischen Entwicklung und der zu erwartenden Ausgabendynamik beim Bundeszuschuss geht es längst nicht mehr allein um das ASVG.

Um eine weitere Kommission ist es verdächtig still geworden, nämlich jene zur Steuerreform.

Weil der Begriff Steuerreform unterschiedliche Erwartungshaltungen weckt: Der Bürger erwartet spürbare Steuerentlastung, die öffentliche Hand will aber den Sanierungskurs fortsetzen. Was wir brauchen ist eine Debatte zur Steuerstruktur und zur Belastbarkeit der Gesellschaft unter dem Generationengesichtspunkt. Wir können nicht länger auf Kosten unserer Kinder und Enkel die zukünftigen Belastungen ausweiten. Die Politik muss endlich vermitteln, dass die Budgetkonsolidierung kein Selbstzweck ist. Sie ist dringend notwendig, um wieder budgetäre Spielräume für Zukunftsaufgaben frei zu bekommen. Das zweite Ziel muss die Vereinfachung des Steuerrechtes sein.

Das Interview führte
Milan Frühbauer

EINBLICK



Milan Frühbauer

Exporteure bitte vor den Vorhang!

Die aktuelle Nachrichtenlage ist derzeit eher dazu angetan, bei politisch wie ökonomisch Interessierten Depressionen auszulösen. Von der Kärntner Hypo-Malaise über die Krim-Krise und deren mögliche geopolitische wie wirtschaftliche Folgen bis zum neuerlichen Einknicken der internationalen Börsen reicht das Spektrum der Krisenmeldungen und handfesten Krisenerscheinungen. Erfreuliche wirtschaftliche Entwicklungen sind noch immer eher selten zu vermelden, umso mehr sollte man sie würdigen: Etwa die soeben veröffentlichte österreichischen Außenhandelsstatistik des Jahres 2013. Einmal mehr beweist dieses Zahlenwerk, dass der nach wie vor solide Konjunkturverlauf in Österreich eine Hauptursache kennt – die internationale Wettbewerbsfähigkeit zehntausender Unternehmen dieses Landes.

Imposante Erfolge in den „Drittländern“

Die Einfuhren nach Österreich waren im Vorjahr leicht sinkend, die Exporte konnten – in einem wahrlich schwierigen globalwirtschaftlichen Umfeld – neuerlich um 1,5 Prozent auf 125 Mrd. Euro zulegen. Das führte zu einer Halbierung des Außenhandelsdefizits und wird zu einem durchaus imposanten Zahlungsbilanzüberschuss für das vergangene Jahr beitragen. Nicht weniger als 47.000 Unternehmen sind bereits als Exporteure unterwegs. Das heißt, dass mittlerweile viele KMU den Schritt zur Internationalisierung ihrer Absatzbemühungen gewagt haben. Der heimische Exporterfolg ist somit keineswegs mehr nur das Ergebnis der großen Leitunternehmen dieses Landes. Erfreulich ist zudem, dass sich der Anteil der Ausfuhren in die sogenannten Drittländer, also Märkte außerhalb der EU, kontinuierlich erhöht und schon mehr als 31 Prozent der gesamten Exportleistung ausmacht. Die regionale Streuung

der Ausfuhren macht sehr gute Fortschritte und ist somit ein wichtiger Beitrag zum konjunkturellen Risikoausgleich zwischen Branchen und Exportdestinationen.

Dazu gesellen sich zehntausende Dienstleistungsunternehmen, die in den verschiedensten Branchen – vornehmlich im Tourismus – für den Export an hochqualitativer Dienstleistung sorgen. Denn die internationale Wettbewerbsfähigkeit steht im weltweite sehr harten Konkurrenzkampf zwischen den Urlaubsregionen und Kongressdestinationen praktisch täglich auf dem Prüfstand. Die mit großem Einsatz und Elan erzielten Markterfolge meist mittelbetrieblich strukturierter Unternehmen sind ebenso imposant wie jene der Exportindustrie.

Wettbewerbsfähig Ein polari-

unter erschwerten Phä-nomen wird dieser Tage deutlicher als früher: Während die öffentliche Hand derzeit kaum zusätzliche nennenswerte konjunkturelle Impulse finanzieren kann und eher dem zusätzlichen Drehen an der Schraube huldigt, ist es der langjährigen Aufbauarbeit von vielen Unternehmen aller Größenordnungen gelungen, auf den Weltmärkten Fuß zu fassen. Und das unter den Bedingungen eines Hochsteuerlandes und weltmeisterlich hoher Lohnnebenkosten bzw. Sozialabgaben. Mit der finanziellen Investitionsbegleitung dezentraler Sektoren wie der Sparkassen, deren mittelbarer Beitrag zu den geschilderten Unternehmenserfolgen von der Politik nicht eines Wortes gewürdigt wird. Nicht ausdenken, welche einzelwirtschaftlichen Impulse zum Konjunkturaufschwung möglich wären, wenn es zur längst überfälligen Senkung der Steuer- und Abgabenquote käme. Umso lauter sollte man schon jetzt die Unternehmen vor den Vorhang bitten!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Wirtschaftsempfang in Ried

Der traditionelle Wirtschaftsempfang der Sparkasse Ried-Haag stand unter dem Motto „Gesundheit ist Mehrwert – oder mehr Wert?“ Mediziner Alexander Witasek begeisterte mit seinem witzigen und temperamentvollen Vortrag rund 450 Kunden und Gäste, darunter viel Prominenz aus Politik und Wirtschaft.



Vorstandsvorsitzender Wilfried Bachmayr, Gastreferent Alexander Witasek, Moderatorin Petra Dürrer, Sparkassenrat-Vorsitzender Bürgermeister Albert Ortig und VDir. Helmut Kreuzhuber

Waldviertel-Millionen für Landwirte

Zur Information über die Änderung der Pauschalierungsverordnung lud die Waldviertler Sparkasse zu mehreren Informationsabenden. Dabei wurde auch über die „Waldviertel-Millionen“ informiert, die Landwirten in Form von s Investitionskrediten im Wert von insgesamt 10 Mio. Euro von der Sparkasse zur Verfügung gestellt werden.



Sparkassen-Regionaldirektor Leopold Streicher, Herbert Gutkas und Nikolaus Noé-Nordberg (beide Landwirtschaftskammer), Vizebürgermeister Franz Strohmayer, Steuerberater Hanno Wobisch, VDir. Ewald Höbarth

Umstieg auf Ökostrom

Die Dornbirner Sparkasse ist seit 2012 als erste Bank in Vorarlberg mit allen Standorten ÖKOPROFIT-zertifiziert. Seitdem konnte sie durch entsprechende Maßnahmen und einem bewussteren Verbrauchsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein in der Zentrale den Stromverbrauch um 13 Prozent reduzieren.



VDir. Harald Giesinger und Abteilungsleiter Hans-Peter Pircher mit dem Ökostrom-Zertifikat der Dornbirner Sparkasse

„SPARKASSEN-HAFTUNGS Aktiengesellschaft“
1030 Wien, Grimmelshausengasse 1
FN 55491f - Handelsgericht Wien

Einladung

Der Vorstand der „Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft“ lädt die Aktionäre der Gesellschaft zu der am

Montag, 26. Mai 2014, 15:30 Uhr

in der Wiener Hofburg
Redoutensäle, Mittlere Lounge
Eingang 1010 Wien, Josefsplatz, stattfindenden

26. ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Tagesordnung

- 1) Bericht des Vorstandes, Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Vorstandes mit dem Bericht des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 2013;
- 2) Beschlussfassung über das im Jahresabschluss 2013 ausgewiesene Jahresergebnis;
- 3) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013;
- 4) Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2014;
- 5) Wahlen in den Aufsichtsrat

Unterlagen zur Hauptversammlung

Folgende Unterlagen liegen ab dem 28.04.2014 am Sitz der Gesellschaft,

Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien

E-Mail: gerlinde.haag@sv.sparkasse.at, Telefax: 050100-28536

während der üblichen Geschäftszeiten zur Einsicht durch die Aktionäre auf:

- a) Jahresabschluss mit Lagebericht
- b) Vorschlag für die Ergebnisverwendung
- c) Bericht des Aufsichtsrates
- d) Bericht des Vorstandes
jeweils für das Geschäftsjahr 2013

Die vorgenannten Unterlagen werden (vollinhaltlich gleichlautend) auch mit der Einladung übermittelt.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind die im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragenen Aktionäre teilnahmeberechtigt (§ 12 (2) der Satzung).

Vertretung durch Bevollmächtigte

Jeder Aktionär, der zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt ist, hat das Recht, einen Vertreter zu bestellen, der im Namen des Aktionärs an der Hauptversammlung teilnimmt und dieselben Rechte wie der Aktionär hat, den er vertritt.

Die Vollmacht muss einer bestimmten Person schriftlich erteilt werden, der Gesellschaft bis spätestens 28.04.2014 zugegangen sein und wird von der Gesellschaft aufbewahrt werden.

Wien, 06.03.2014
Der Vorstand

Vollversammlung des Österreichischen Sparkassenverbandes

Im Auftrag des Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes, Dr. Christian AICHINGER, werden die Mitglieder des Sparkassenverbandes zur ordentlichen Sitzung der Vollversammlung 2014 eingeladen, die am Dienstag, dem 27. Mai 2014, ab 08:30 Uhr, in den Redoutensälen/Dachfoyer, Josefsplatz 1, 1010 Wien, mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Protokoll der Vollversammlung vom 27. Juni 2013
2. Jahresbericht 2013 mit Bericht des Generalsekretärs
3. Rechnungsabschluss 2013
4. Voranschlag und Mitgliedsbeitrag 2014 des Sparkassenverbandes, Marketingbudget 2014, nationales Kommunikationsbudget 2014 und Sonderbudget
5. Bestellung neuer Mitglieder des Vorstandes für jene Mitglieder, welche vorzeitig ausgeschieden sind
6. Wahl der Rechnungsprüfer, der stellvertretenden Rechnungsprüfer und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2014
7. Neuwahl des Präsidenten
8. Ernennung von Ehrenmitgliedern
9. Allfälliges

Gemäß § 8 der Satzung ist die ordnungsgemäß einberufene Vollversammlung beschlussfähig, wenn mindestens von der Hälfte der Mitglieder stimmberechtigte Vertreter anwesend sind und diese insgesamt mindestens über die Hälfte der ermittelten Stimmen verfügen. Ist dies nicht der Fall, so beginnt die Vollversammlung erst eine halbe Stunde nach dem oben festgesetzten Zeitpunkt. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder und Stimmen jedenfalls beschlussfähig.

„Habe in drei Städten ein Heimatgefühl“

Die bisherige Vorstandsvorsitzende der Salzburger Sparkasse, Regina Ovesny-Straka, übernimmt im April eine Vorstandsfunktion in der Slowakischen Kooperativa Pojistovna Gruppe. Sie wechselt also zu einer erfolgreichen Tochtergesellschaft der Vienna Insurance Group. Die Bilanzzahlen des Jahres 2013 können sich sehen lassen.

Sparkassenzeitung: Die Salzburger Sparkasse hat vor kurzem Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2013 vorgelegt, die deutlich über dem liegen, was Kreditinstitute in der derzeitigen Situation erzielen können. Worauf führen Sie dieses außergewöhnliche Erfolgsjahr zurück?

Ovesny-Straka: Das ist der Lohn für die Arbeit der letzten Jahre. Wir haben ganz bewusst einen Schwerpunkt auf die Ausweitung der Privatkredite gelegt, wir haben uns sehr intensiv um neue Kunden bemüht und konnten eine sehr stabile Entwicklung der Primäreinlagen und der Kredite sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft erzielen. Die Eigenmittelquote liegt jetzt bei 14,5 Prozent und wir schraubten unsere Kernkapitalquote auf 10,5 Prozent hinauf. Das ist ein Signal der Kapitalstärke.

Also bewahrt sich die vor allem im anglo-sächsischen Raum kolportierte These, wonach eine Frau im Vorstand einer Bank zu einer nachhaltigen Verbesserung des Ergebnisses führt?

Ich sehe das als Erfolg eines Teams und als Ergebnis einer jahrelangen Aufbauarbeit. Ein solches Jahresergebnis erreicht nicht ein Einzelner im Alleingang. Aber es stimmt schon: Die Sprache und das Miteinander-Umgehen in einem gemischten Unternehmensvorstand sind anders. Man hat als Frau auch mehr mediale Aufmerksamkeit in der Region, was dem Institut ebenfalls nützt.

Und auch die Risikopolitik ist mit Damenbeteiligung auf Führungsebene behutsamer?

Die Risikopolitik der Salzburger Sparkasse ist traditionell sehr bedacht, keineswegs jedoch risikoscheu. Wir sind mit diesem eher konservativen Ansatz sehr gut gefahren.

Was sind die regionalen Merkmale des Bankenstandortes Salzburg?

Dort steht man in einem sehr harten Wettbewerb, und es wird einem nichts geschenkt. Das anhaltend gute Einlagenniveau zeigt erfreulicherweise das Vertrauen der Sparer und Anleger in die Sparkasse, und die langsam wiederkehrende Zinssensibilität in der anhaltenden Niedrigzinsphase führt dazu, dass man Privatkunden – wenn auch nach wie vor zögerlich – Schritt für Schritt an das Wertpapier heranzuführen kann. In der kommerziellen Kreditnachfrage sehe ich allerdings noch keine signifikante Steigerung des Investitionsvolumens. Viele

Unternehmen haben in den vergangenen Monaten ihre Kreditstände sogar verringert, weil die Liquidität der Unternehmen dies zuließ und viele Anleger haben angesichts der mickrigen Zinsen Immobilien gekauft oder private Investitionen in Haus und Wohnung vorgezogen.



Regina Ovesny-Straka: „Das All-Finanz-Konzept ist keineswegs tot.“

Sie kehren in wenigen Tagen in die Slowakei zurück, wo Sie ja schon für die Sparkassengruppe tätig waren, und gehen in den Vorstand der dortigen Tochter Vienna Insurance Group. Was waren Ihre Beweggründe für diesen Schritt?

Mich reizt jeweils die Herausforderung einer neuen Aufgabenstellung, und dieser neue Job ist eine unheimliche Herausforderung. Die Kooperativa hat in der Slowakei einen Marktanteil von etwa 25 Prozent, und liegt nur knapp hinter der Allianz. Die Kooperativa-Gruppe (drei Versicherungen) ist Marktführer. Es ist für mich eine große und spannende Aufgabe, sich in einen neuen Konzern einzufinden und auf diesem interessanten Markt erfolgreich zu agieren.

Sie wechseln also gleichsam von Basel III zu Solvency II?

So könnte man es durchaus bezeichnen, wobei man zugeben muss, dass die Regulative für die Banken in Europa weit ausgeprägter sind als jene für die Versicherungen. Aber natürlich kommt mit Solvency II eine weitere Herausforderung auf die Kapitalausstattung der Assekuranden zu.

Welche Vorstandsfunktionen werden Sie in Bratislava übernehmen?

Das ist noch nicht ganz geklärt, aber ich gehe davon aus, dass ich die Aufgabenstellungen des Vorstandsvorsitzes übernehmen werde. Jedenfalls ist das eine reizvolle Aufgabe. Die Gesellschaft, für die ich

Verantwortung übernehme, verfügt über rund 1.400 Mitarbeiter und hat im vergangenen Jahr Combined Ratio von 96 Prozent erzielt. Das ist ein sehr respektable Wert. Auf diesem Sockel gilt es aufzubauen.

Wird Ihnen Ihre Bankenvergangenheit auch im Versicherungsbereich vertriebsmäßig helfen?

Es ist ja nicht unbekannt, dass die Vienna Insurance Group sehr stark auch auf den Bankenvertrieb setzt. Die Kooperation mit den Sparkassen in diesem Land wird naturgemäß einen großen Platz einnehmen.

Sie kehren eigentlich wieder an Ihre ursprüngliche Wirkungsstätte zurück?

Ja, so alle 8 Jahre ändert sich mein Berufsverlauf. Ich kenne die Slowakei sehr gut und habe dort auch sehr viele Freunde. Ich gehe also keineswegs in die Fremde. Mittlerweile habe ich aber in 3 Städten, nämlich in Wien, Salzburg und in Bratislava, ein Heimatgefühl entwickelt.

Könnte man diese Funktion nicht auch von Wien aus wahrnehmen?

Operativ wäre dies ohne Zweifel möglich, doch ich bin der festen Überzeugung, dass man in jener Stadt, in der man den beruflichen Mittelpunkt hat, auch wohnen sollte. Ich war ja auch rund 80 Prozent meiner Zeit bei der Salzburger Sparkasse in Salzburg unterwegs. Nicht nur in der Stadt, sondern in allen Gauen des Bundeslandes, um die unterschiedlichen Probleme, wirtschaftlichen Strukturen und Mentalitäten – die ja teilweise von Tal zu Tal wechseln – intensiv kennenzulernen. Und so werde ich das selbstverständlich auch in der Slowakei halten. Nur so entwickelt man ein starkes regionales Sensorium. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich diese herausfordernde Aufgabe bekomme, zumal der VIG-Konzern mittlerweile ein sehr starker mittel- und osteuropäischer Player im Versicherungssektor ist.

Welches Resümee ziehen Sie über Ihre Tätigkeit in Österreich?

Es war für mich eine wichtige berufliche Etappe und auch wieder eine emotionale Bindung an Österreich. Die wird nicht verloren gehen. Ich habe mir in Salzburg sehr viel Know-how bei der regionalen Analyse von Märkten erworben. Eine Erfahrung, die mir sicherlich auch in der Slowakei sehr nützlich sein wird.

Das Interview führte
Milan Frühbauer

AUSBLICK



Christine Domforth

Finanzwissen bleibt eine Fehlanzeige

Bruttoinlandsprodukt, Inflationsrate, Pensionslücke: Begriffe, die tagtäglich in den Medien vorkommen – für viele aber spanische Dörfer sind.

Umfragen beweisen immer wieder, wie schlecht es hierzulande um das Wirtschaftswissen bestellt ist. Besonders schockierend ist das Nichtwissen in Geld- und Finanzdingen. So können laut einer im Auftrag der Erste Bank erstellten Studie 41 Prozent der Österreicher mit dem Begriff Wertpapier nichts anfangen. In Wien sind es 30 Prozent, in Niederösterreich sogar blamable 51 Prozent der über 18-Jährigen, die spontan keine einzige Wertpapierart nennen können. Immerhin wissen die Österreicher über ihrer Defizite und über deren Folgen Bescheid. Mehr als die Hälfte gibt offen zu, dass das eigene Wissen über Wertpapiere mangelhaft oder sogar sehr mangelhaft ist. Und immerhin 8 von 10 haben sehr wohl mitbekommen, dass angesichts der mickrigen Zinsen das Sparbuch derzeit real ein Verlustgeschäft ist.

Kein Thema für die Bildungsbürger?

Auch wenn das kein Trost ist: In vielen anderen Ländern, das zeigen Umfragen immer wieder, bestehen teilweise ebenso gravierende Wissenslücken bei Wirtschafts- und Finanzthemen. Warum so vielen Menschen selbst das Basiswissen über wirtschaftliche Zusammenhänge fehlt, dafür gibt es viele Gründe. Altkanzler Bruno Kreisky war seinerzeit stolz darauf, von der Wirtschaft nichts zu verstehen. So mancher unter Österreichs Bildungsbürgern denkt leider noch heute so. Gerade beim Thema Wirtschaft muss man sich laufend informieren. Begriffe wie Bad Bank oder EU-Rettungsschirm gab es ja vor wenigen Jahren noch nicht. Ihr Wissen regelmäßig auf den neuesten Stand zu

bringen ist vielen zu mühsam. Dabei wird die Information von Zeitungen, Fernsehen, Banken und Versicherungen sowie im Internet breitflächig angeboten. Doch – schon eine Fahrt in der Wiener U-Bahn zeigt dies – selbst in Gratiszeitungen werden die Wirtschaftsseiten hastig überblättert. Alles andere als cool & sexy finden die meisten Jugendlichen das Thema Wirtschaft. Sie wollen sich mit dieser vermeintlich spröden Materie nicht auseinandersetzen – und tappen dann oft durch unüberlegte Käufe in die Schuldenfalle. Vor allem aber wird von der heimischen Bildungspolitik das Thema Wirtschaftswissen stiefmütterlich behandelt. Während etwa in Bayern das Fach Wirtschaft in den Gymnasien Standard ist, hat es in vielen österreichischen AHS nur geringen Stellenwert. Schon bei der Ausbildung wird den jungen Pädagoginnen und Pädagogen zu wenig an Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt.

Schule stellt sich dem Thema nicht

Lehrkräfte, die selbst Praxis in der Wirtschaft gesammelt haben, gibt es kaum. Dafür sind ideologische Scheuklappen in den Schulen keine Seltenheit. Da wird dann die Wirtschaft verteuelt als besonders böse gelten die Industrie und seit der Finanzkrise natürlich die Banken. Dass Schüler in einem solchen Umfeld nicht zu mündigen Bürgern und Konsumenten werden, darf niemanden wundern. Ins Bild passt da auch unser Vorgehen bei den PISA-Tests. Abgeklopft wurden dabei regelmäßig die Fähigkeiten der Schüler in den Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Wie es um die Finanzkompetenz der jungen Menschen steht, lässt Österreich erst gar nicht testen. Übrigens: Zur Sicherheit ist jetzt PISA vollends abge-

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Fachtagung Kommerz: Partner des Mittelstandes

Die vorhandenen Möglichkeiten am Firmenkundenmarkt optimal auszunutzen, darum ging es bei der diesjährigen „Fachtagung Kommerz“, die Ende Jänner in Wien stattfand. Sparkassenverbands-Generalsekretär Michael Ikrath und Erste-Vorstand Peter Bosek betonten ihre KMU-Affinität.

Das Kommerzkundengeschäft ist wichtig, um den sinkenden Erträgen bei gleichzeitig steigenden Kosten entgegenzuwirken. Das ist ein Phänomen, mit dem die gesamte Sparkassengruppe derzeit zu kämpfen hat. In den Statements der beiden Spitzenvertreter kam klar zum Ausdruck, dass die Sparkassengruppe auch in turbulenten Zeiten ein verlässlicher Partner des Mittelstands bleiben müsse. „Der KMU-Bereich bleibt weiterhin sehr kompetitiv, dementsprechend müssen wir hier mit breiter Brust vorangehen“, betonte Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank. Die Rahmenbedingungen seien weiterhin herausfordernd.

Richtige Entscheidungen

Auch der Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes, Michael Ikrath, unterstrich die einschlägige Kernkompetenz der

Sparkassen. „Die regulatorischen Vorgaben und Auflagen sind beachtlich.“ Mit der Einrichtung des Haftungsverbundes sei ein zentraler Pfeiler der Gruppenstärke für die Zukunft geschaffen worden. Der gegenwärtige Status der Sparkassen im Kommerzgeschäft wurde

„Sparkassen sind Mittelstandsbanken“

bei der Fachtagung im Hinblick auf Bekanntheit, Kundenanteile und Kundenbeziehungen analysiert. Vor allem die sogenannte DNA der Sparkassen wurde als Vorteil erkannt.

„Unsere Kernstärke ist, dass wir unsere Identität erhalten konnten“, bekräftigte Ikrath. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, müssen aber auch Strategien und Maßnahmen



Generalsekretär Ikrath und Erste-Firmenkundenvorstand Bosek (im Bild mit Anton Schmoll von der Sparkassenakademie) sprachen sich für neue strategische Ansätze im Kommerzkundengeschäft aus

entwickelt werden, die es ermöglichen, die Potenziale am Markt und damit die Ertragspotenziale bei den Kunden zu heben. Die Betonung der gemeinsamen Vorgehenswei-

se bei der Marktbearbeitung stand auch für Peter Bosek im Mittelpunkt. „Wir müssen selbstreflexiv an die kommenden Herausforderungen herangehen und bestehende

Prozesse optimieren.“ Mit den richtigen Entscheidungen in den nächsten 24 Monaten wäre man schließlich „für die nächsten 10 Jahre gut gerüstet!“ -afe-

„Wir brauchen begeisterte Kundenmanager im Vertrieb!“

Karin-Brigitte Göbel, Mitglied des Vorstands der Sparkasse Düsseldorf, nimmt zu Themen des Vertriebsmanagements im Firmenkundengeschäft Stellung.

Sparkassenzeitung: Wo sehen Sie derzeit die größten Herausforderungen für den Kommerzvertrieb?

Göbel: Wer viele Jahre im Firmenkundenvertrieb tätig ist, hat das Auf und Ab von Konjunkturzyklen erlebt und gelernt, bei volatilen Konjunkturverläufen erfolgreich Unternehmen zu begleiten. Dies war möglich, weil bisher die intermediäre Rolle der Bank für die Realwirtschaft unstrittig war! Mit der letzten Finanzmarktkrise scheinen sich Dinge jedoch grundlegend zu ändern. Ich spreche von einem Paradigmenwechsel der Kreditwirtschaft! Auslöser der Probleme in der Investitionsfinanzierung von Kommerzkunden ist der regulatorische Tsunami, der über Banken und Sparkassen seit 2008 hinwegstürmt.

Welchen Stellenwert hat der Vertrieb heute noch?

Die aktuellen Diskussionen sind für einen Vollblutvertriebler ärgerlich, dürfen uns aber nicht irritieren! Denn: Das Bankgeschäft der Zukunft wird weiterhin dem Vertrieb gehören! Ich leite in diesem Zusammenhang bewusst den Begriff „Vertrieb“ nicht von „vertreiben“ ab!



Karin-Brigitte Göbel: „Führung definiert sich primär über Kommunikation.“

Was bedeutet diese These? Denjenigen, die es verstehen, bedarfsgerichte und maßgeschneiderte Lösungen für Unternehmen anzubieten, gehört die Zukunft! Wir benötigen in den Sparkassen die begeisterten Kundenmanager, die wissen, was ihre Kunden wünschen, die mit hoher fachlicher Kompetenz dem Kunden auf Augenhöhe begegnen, die deren Branchen kennen und Wachstumschancen realistisch zu beurteilen vermögen.

Was bedeutet das für Führungsfunktionen im Bankenvertrieb?

Wenn Firmenkundenbetreuer eine wichtige Schlüsselfunktion innehaben, dann müssen wir – als verantwortliche Führungskräfte – die Rahmenbedingungen für ihren Erfolg definieren. Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zählt die „zielorientierte Führung“! Was unter Führung heute verstanden wird, unterscheidet sich grundlegend von dem, was noch vor zehn Jahren Gül-

tigkeit besaß. Das ist nicht verwunderlich, weil sich Gesellschaft, Markt und Menschen verändert haben. Führung ist für mich nur erfolgreich auf Basis eines breit akzeptierten Wertesystems. Dieses Wertesystem muss in einem mehrstufigen Prozess erarbeitet werden, an dem sich alle Führungskräfte beteiligen.

Wo erleben Sie Schwachstellen bei Führungskräften?

Aus meiner Beobachtung lässt sich ableiten, dass die Konsequenz bei der Führung für viele Verantwortliche eine Herausforderung darstellt. Viele Führungskräfte scheuen vor einer Klarheit der Sprache zurück. Es ist jedoch meiner Meinung nach wichtig, Ziele und Richtung klar zu kommunizieren. Ich muss mich als Führungsverantwortliche vergewissern, ob meine Mitarbeiter die Zielsetzung der Aufgaben verstanden haben. In der Konsequenz des Alltags bedeutet das: Wertschätzung zeigen und auch Danke sagen! Im Falle von Problemen gilt: Erneut erklären, engere Führung anstreben, Ermahnen bis hin zu hoffentlich seltenen Sanktionierung von Fehlverhalten. Loben ist ohne Frage angenehmer als bestimmtes Verhal-

ten zu kritisieren. Beides werden wir aber praktizieren müssen, um unserer Rolle als Führungskräfte gerecht zu werden.

Welche Motive gibt es, um Mitarbeiter für den Firmenkundenvertrieb zu begeistern?

Unternehmerische Erfolge bauen auf den schöpferischen Kräften der Mitarbeiter auf. Es ist daher sehr wichtig, diese schöpferischen Kräfte der Mitarbeiter zu entfesseln und zu steuern. Das gelingt nur durch wertschätzende Kommunikation. Im konkreten Handeln des Managements gibt es jedoch Defizite. Gute Führung ist weniger durch fachliche Qualität bestimmt, sondern von der Kompetenz in der Kommunikation, der zwischenmenschlichen Begeisterungsfähigkeit. Natürlich geht nichts ohne Sach- und Fachwissen. Aber wir Führungskräfte sind weder „Chefspezialist“ auf einem bestimmten Themenfeld, noch sind wir Starverkäufer. Wir sind eben nicht „Leitende Sachbearbeiter“, sondern haben für Leadership zu sorgen.

Das Interview führte Anton Schmoll, Sparkassenakademie

„Wir spüren keine Zurückhaltung der Sparer“

Seit Jahresbeginn ist er Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Oberösterreich: Michael Rockenschaub leitet eine Regionalsparkasse mit 162 Filialen und einer Bilanzsumme von rund 12,1 Mrd. Euro. Er sieht die Bedeutung der Sparkasse Oberösterreich in ihrer starken Verankerung in der Mitte der Gesellschaft, wichtig wie die Nahversorger.

In einem Gespräch mit der Sparkassenzeitung skizziert Rockenschaub die aktuelle Ausgangslage im Spannungsfeld zwischen Niedrigzinspolitik, schwächelnder Konjunkturentwicklung und regulatorischem Furioso auf nationaler wie europäischer Ebene.

„Wir registrieren derzeit in der Sparkasse Oberösterreich keine Verringerung des Primärmitteleinflusses. Auch wenn die Sparzinsen aktuell sehr bescheiden sind, die oberösterreichischen Sparer sehen in der Marke Sparkasse einen sicheren Hort für ihr Geld“, fasst Rockenschaub seine Zufriedenheit mit der Einlageentwicklung zusammen. Die Sparer seien „sehr, sehr treu“. Er orte vorerst noch keinen signifikanten Trend zu höherverzinslichen Anlageformen.

Hingegen sei die Nachfrage nach Kommerzkrediten noch immer gedämpft, bei den Unternehmensinvestitionen könne man noch keineswegs einen Konjunkturaufschwung feststellen. Das gelte sowohl für einige große industrielle

Leitbetriebe wie für viele Mittelbetriebe der Sachgüterproduktion. Aber auch im Handel sei derzeit die Ausgangslage nicht „gar so rosig“.

Die Nachfrage nach Privatkrediten jedoch sei „durchaus lebendig“, und die Sparkasse Oberösterreich widme sich diesem Geschäftsfeld ganz besonders. Dennoch wachse das Volumen langsam, so Rockenschaub, denn es sei in den vergangenen Monaten deutlich ein Trend zur vorzeitigen Tilgung von Privatkrediten zu verzeichnen gewesen. Was die Privatkredite in Schweizer Franken betrifft, so kann Entwarnung gegeben werden: „Rund 60 Prozent des vormals in Franken aushaftenden Kreditvolumens sind mittlerweile in den Euro konvertiert worden.“

Bankensteuer trifft vor allem Regionalbanken

Viel weniger Freude hat Rockenschaub mit nationalen und internationalen Steuer- und Aufsichtsentwicklungen. „Die vor Kurzem beschlossene Erhöhung der öster-

reichischen Bankensteuer bedeutet für uns einen Anstieg von 4,3 Mio. Euro auf 6,5 Mio. Euro“, rechnet Rockenschaub vor. Das sei eine massive Erhöhung, von der vor allem die mittleren Regionalbanken betroffen seien. Da es sich um eine reine Substanzbesteuerung handle, komme ihm da schon manchmal der Begriff „Enteignung“ in den Sinn.

„Wir werden jetzt zusätzlich belastet, obwohl wir die Krise nicht nur nicht verursacht haben, sondern einige Firmen beim Konjunkturreinbruch durchgetragen haben.“ Rockenschaub registriert nach wie vor in der breiten Öffentlichkeit ein schlechtes Image der Banken, das aber umso besser wird, je näher man an ein Kreditinstitut herankomme. „Die Banken insgesamt werden als Problem gesehen, aber die eigene Filiale und vor allem der eigene Berater, die sind in Ordnung!“, fasst der neue Vorstandschef seine persönlichen Erfahrungen zusammen.

Für die Anforderungen von Basel III sieht Rockenschaub die Sparkasse Oberösterreich gut



Michael Rockenschaub: „Die Sparkasse ist ein Hort des Vertrauens für Anleger.“

haben jetzt in den Aufsichtsräten bewusst erfolgreiche Unternehmer integriert. Diese haben durch Tochtergesellschaften oder Joint Ventures oft zwei oder mehrere Führungsfunktionen inne. „Wenn das nicht mehr möglich sein sollte“, dann würden sich einige aus den Gremien verabschieden, sorgt sich Rockenschaub.

Für die Zukunft sieht sich die Sparkasse gut gerüstet. Sie verfügt über eine eigene Kapitalanlagegesellschaft, die derzeit ein Fondsvolumen von mehr als 2 Mrd. Euro verwaltet. Von Schärding aus werde mit persönlichen Beratern – aber ohne eigene Zweigstellen – der Markt Niederbayern bearbeitet und mache bereits rund 4 Prozent des Geschäftsvolumens aus. Die Filialen im westlichen Niederösterreich, die ehemals Erste Bank-Standorte waren, und der Markt der ehemaligen Sparkasse Kremstal-Pyhrn tragen etwa 10 Prozent zum Retailgeschäft der Sparkasse Oberösterreich bei. Von den Zweigstellen sind derzeit 145 mit Personal ausgestattet, 17 Standorte sind Selbstbedienungszentren. *-üh-*

EU-Richtlinie für Hypothekarkredite fix

Nicht weniger als 13 Jahre Gesetzgebungsprozess hat sie bisher verschlungen: Ende Jänner hat der Rat der Europäischen Union nun den Vorschlag für eine Hypothekarkredite-Richtlinie angenommen.

Roland L. Tassler, EU-Büro des Sparkassenverbandes in Brüssel

Wer kann sich noch an Charlie McCreevy erinnern? McCreevy war der Vorgänger von Michel Barnier und von 2004 bis 2010 EU-Kommissar für den Binnenmarkt. Nach dem sehr umfangreichen „Aktionsplan für Finanzdienstleistungen – FSAP“ versprach McCreevy der Bankenwelt eine Regulierungspause. Die weitere Entwicklung sollte Beobachter allerdings eines Besseren belehren. Schlussendlich endete sein Eifer nur bei einer konkreten Richtlinie. Der Ire McCreevy stieg lediglich bei der Regulierung der Hypothekarkreditmärkte auf die Bremse. Mit der Richtlinie sollte insbesondere der Verbraucherschutz in Zusammenhang mit der Hypothekarkreditvergabe gestärkt werden, nachdem es im Zuge der Finanzkrise zu einer Steigerung von Ausfällen und Zwangsversteigerungen in der EU gekommen war.



Die neuen, strengeren Regeln zu den Informationspflichten, der Kreditwürdigkeitsprüfung, dem effektiven Jahreszinssatz, den Kreditvermittlern sind bis Anfang 2016 umzusetzen.

Die Verzögerung wurde von den Marktteilnehmern zum damaligen Zeitpunkt sehr begrüßt, erwies sich aber in der irischen Nachbetrach-

tung eher als Pyrrhussieg. McCreevy überbrückte seine Amtszeit mit der Einsetzung von Expertengruppen, der Vergabe von fünf Studi-

en und der Veröffentlichung eines Grün- und Weißbuches. Erst sein französischer Nachfolger Michel Barnier legte 2011 einen Richtlinien-vorschlag vor.

10 Jahre Vorbereitung

Von der ersten Empfehlung über wohnwirtschaftliche Kredite im Jahr 2001 bis zur Vorlage des Richtlinien-vorschlags vergingen 10 Jahre. Dieser Vorschlag hatte es in sich, und das EU-Parlament, angeführt vom spanischen Abgeordneten Antolín Sánchez Presedo, legte noch einiges drauf.

Zurechtgestutzt auf ein für die Kreditwirtschaft halbwegs erträgliches Maß, einigten sich die Co-Gesetzgeber Rat und Parlament im Dezember 2013 auf einen gemeinsamen Text. Auch Österreich, das sich aufgrund der gravierenden

Unterschiede zu den Verbraucher-kreditregeln lange gegen diesen Kompromiss gewehrt hat, stimmte

schliessendlich zu. Spätestens Ende März 2014 ist mit der Veröffentlichung im Amtsblatt zu rechnen. Die neuen, strengeren Regeln zu den Informationspflichten,

der Kreditwürdigkeitsprüfung, dem effektiven Jahreszinssatz, den Kreditvermittlern sind bis Anfang 2016 umzusetzen. Die Kommission ist verpflichtet, im Jahr 2019 einen Bericht über die Anwendung vorzulegen. In der Regel folgt darauf ein Richtlinien-vorschlag. Bis dahin wird auf EU-Ebene aber nicht pausiert! Die European Banking Authority (EBA) arbeitet gerade an der Entwicklung von Guidelines zur verantwortungsvollen Kreditvergabe.

„Auch Österreich stimmte schlussendlich zu“

„Mehrwert für die Gesellschaft schaffen“

Vier Sparkassenstiftungen wurden vor Kurzem mit dem CIVITAS-Award für ihr regionales Engagement ausgezeichnet. Eine Expertenjury unter dem Vorsitz des CSR-Experten Roman H. Mesicek prämierte die kreativsten Projekte Österreichs.

Die 35 heimischen Sparkassenstiftungen stehen für die Förderung, Unterstützung und Weiterentwicklung der jeweiligen Region. Sie sind mit zahlreichen Projekten Impulsgeber für die Entwicklung der regionalen und gesellschaftspolitischen Infrastruktur. Diesen Projekten schenkt der seit 2009 jährlich zu vergebende Sparkassenstiftungs-Award CIVITAS besonderes Augenmerk. Christian Aichinger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, zur Intention dieser Auszeichnung: „Die unterschiedlichen regionalen Projekte und Initiativen der Sparkassenstiftungen schaffen einen Mehrwert für den Einzelnen und die Gemeinschaft. Besonders Projekten sollte man besondere Aufmerksamkeit widmen.“ Bewertet wurden die Projekte von einer Jury unter dem Vorsitz von Roman H. Mesicek, Leiter des Studiengangs für Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement an der IMC Fachhochschule Krems.

Vom Talentescout zum Mobilitätsanbieter

Die Privatstiftung Lienzer Sparkasse errang mit ihrem Projekt „Talentescouts“ diesmal den 1. Platz. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen mit besonderer sprachlicher, musischer, sportlicher oder handwerklicher Begabung, die aufgrund der Entwicklung in diesen Bereichen in Osttirol nicht mehr ausreichend gefördert werden, finanziell zu unterstützen. Die Jury würdigte das Ausbildungsangebot und die Aktualität des Themas für die Gesellschaft. Die Initiative wurde 2013 erfolgreich gestartet und wird seither nachhaltig weitergeführt. Den 2. Platz holte sich die Privatstiftung Sparkasse Pöllau mit dem



Die Gewinnerinnen und Gewinner des diesjährigen CIVITAS-Awards

Projekt „mobil50plus“. Die von der Privatstiftung finanziell unterstützte Initiative „mobil50plus“ hilft Menschen im Pöllauer Tal, ihre Mobilitätsbedürfnisse unbürokratisch, rasch und kostengünstig erfüllt zu bekommen. Mitbürger mit eigenen Fahrzeugen unterstützen ältere oder körperlich eingeschränkte Menschen, die sonst vorwiegend auf familiäre oder nachbarschaftliche Hilfe angewiesen wären. Der Juryvorsitzende lobte die „hands on“-Mentalität der Umsetzung.

Inklusion und Pflegestunden

Mit dem 3. Platz wurde die Sparkasse Poysdorf Privatstiftung für ihre finanzielle Unterstützung der Pflegestunden für alte und kranke Menschen ausgezeichnet. Mit zunehmender Lebenserwartung



Der Civitas-Award, der für besondere Projekte der Sparkassenstiftungen seit 2009 jährlich verliehen wird

nimmt auch der Bedarf an mobiler Hauspflege zu. Das NÖ Hilfswerk, die NÖ Volkshilfe und die Caritas sind in der Region Poysdorf in diesem Bereich vielseitig tätig. Die Stadtgemeinde und die Sparkasse Poysdorf Privatstiftung unterstützen ältere Mitbürger mit einem finanziellen Beitrag zu den Pflegestunden. Die Abrechnung erfolgt direkt über die eingebundenen sozialen Institutionen. Ex aequo auf dem dritten Platz landete die Privatstiftung Kärntner Sparkasse mit dem Projekt „INCLUSIA, Menschen – wie wir sind“. Das Projekt verfolgt das Ziel, eine nachhaltige Veränderung der Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft zu bewirken. Das Projekt bringt Schulklassen in Klagenfurt das Konzept der Inklusion näher: Andere Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit kennenzulernen, Fähigkeiten und Stärken miteinander zu teilen und Beziehungen zu entwickeln. „Diese Projekte und ihre Gemeinwohlorientierung entsprechen genau dem Selbstverständnis der Sparkassen und ihrer Geschichte“, zeigt sich Christian Aichinger über die Preisträger erfreut. -afe-



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbherst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Der Stress ist hausgemacht

Der Schriftsteller und Philosoph Hans Magnus Enzensberger hat dazu aufgerufen, die Mobiltelefone kurzerhand einfach wegzuschmeißen und auf das Online-Banking zu verzichten. Das wäre ein Teil des gesellschaftlich notwendigen Abwehrkampfes gegen den digitalen Terror unserer Zeit. Diese Radikalforderungen haben naturgemäß breites feuilletonistisches Echo gefunden. Aber der ständige Hinweis auf die digitale Revolution, die uns soviel Ungemach in der Zeitdisposition verursache, greift zu kurz. Wir alle sind – an den unterschiedlichsten Stellhebeln des privaten und beruflichen Daseins – munter unterwegs, die Terminflut und die sich daraus ergebende zeitliche Enge aktiv zu verschulden. Eines dieser Phänomene ist der unverkennbare Trend zur Viertagewoche. Das ist keine Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung, sondern der schleichende Prozess, das berufliche Wochengeschehen auf vier Tage zu komprimieren. Zumindest im Bezug auf die Termingestaltung bzw. die Verfügbarkeit von öffentlicher bzw. auch kommerzieller Dienstleistung. Abendveranstaltungen finden an Freitagen kaum noch statt. Das führt zu einer geradezu inflationären Konzentration von Symposien, Podiumsdiskussion, Buchpräsentationen, Presseterminen, Vernissagen und sonstigen mehr oder weniger wichtigen „Events“ auf den Donnerstag. Effekt: Die Zielgruppen stöhnen über Termindruck, die Veranstalter beklagen mangelnde Präsenzen. In kaum einem Unternehmen wagt man es noch, ein Seminar oder eine betriebsinterne Besprechung auf einen Freitag zu legen. Und wenn, dann muss um 12 Uhr Schluss sein. „Sie wissen ja, das nahende Wochenende ...“ Vor allem im städtischen Bereich gibt es eine wachsende Zahl von Betrieben, die sich aus der viel beschworenen Dienstleistungsgesellschaft am Donnerstag abends verabschieden. An Freitagen fällt übrigens der morgendliche Frühverkehr zu den Ballungszentren seit rund zwei Jahren wesentlich schwächer aus als an den übrigen Werktagen, denn auch jene, die beruflich „teilzeiten“ oder gar „zeitgleiten“, sind stolz darauf, den Freitag irgendwie freigeschaufelt zu haben. Das schafft naturgemäß zusätzlichen Zeitdruck von Montag bis Donnerstag. Daran sind weder das Handy, noch der Laptop schuld. Das ist hausgemachte Hektik als Tribut an eine sich selbst stressende Wochenend-Gesellschaft. Folgerichtig beginnen die Moderatoren von Ö3 bereits am Mittwoch mit dem Countdown des bald zu Ende gehenden Arbeitsleids ... -ih-

OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ

Herausgeber:

Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
Präsident: Dr. Christian Aichinger, Generalsekretär: Mag. Michael Ikrath

Medieninhaber und Verleger:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, Löwelstraße 6 / 2. Stock, 1010 Wien
Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper
Unternehmensgegenstand:

Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften, der Handel mit Waren aller Art sowie die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter:

- Mag. Michael Zimper, geb. 27. 4. 1981 (65%)
- P & V Holding Aktiengesellschaft (35%)

Erklärung über die grundlegende Richtung gem. § 25 (4) MedienG:

Das offizielle Fach- und Bekanntmachungsblatt der Sparkassengruppe mit Wirtschaftsinformationen sowie Fachbeiträgen und Mitteilungen der österreichischen Sparkassen.

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Armand Feka, MA, Mag. Helmut Reindl
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 10. 3. 2014 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Mit dem Gläserbruch am Opernball könnte man ein kleines Lokal ein Jahr lang betreiben.“

Aus einer Presseaussendung des Cateringunternehmens Gerstner

„Michael Spindelegger und Werner Faymann kommen nicht nur geografisch aus derselben Gegend. Liesing und Hinterbrühl liegen rund 15 Kilometer auseinander ... Faymann und Spindelegger entstammen dem gleichen Speckgürtel-Sozietop.“

Aus dem STANDARD

„Man hat mich vielleicht in eine falsche Schublade eingereiht. Man soll mit dem Schubladisieren aufpassen.“

Agrarminister Andrä Rupprechter